

Laibacher Zeitung.

Nr. 297.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 28. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 23. December 1868

betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1869.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich zu verordnen, wie folgt:

Art. 1. Das Ministerium wird ermächtigt, die bestehenden directen und indirecten Steuern und Abgaben sammt Zuschlägen nach Maßgabe der gegenwärtig bestehenden Besteuerungsgesetze, u. z.:

Die Zuschläge in der durch das Gesetz vom 26. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 72, bestimmten Höhe in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1869 fortzuerheben.

Es hat jedoch das im Gesetze vom 26. Juni 1868, R. G. Bl. Nr. 72, für die Erwerbsteuerepflichtigen der beiden untersten Classen festgesetzte geringere Ausmaß des außerordentlichen Zuschlages auch auf alle Steuerpflichtigen Anwendung zu finden, deren Gesamtsteuerschuldigkeit an Erwerb- und Einkommensteuer erster Classe oder an Einkommensteuer zweiter Classe im Ordinarium den Betrag von 30 fl. nicht übersteigt.

Art. 2. Die in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1869 sich ergebenden Verwaltungsauslagen sind nach Erforderniß für Rechnung der durch das Finanzgesetz für das Jahr 1869 bei den bezüglichen Capiteln und Titeln festzustellenden Credite zu bestreiten.

Art. 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Finanzminister beauftragt.

Wien, am 23. December 1868.

Franz Joseph m. p.

Taaffe m. p. Mener m. p. Hafner m. p.
Potocki m. p. Giskra m. p. Herbst m. p.
Brestel m. p. Berger m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchsten Handschreiben vom 24. December d. J. dem Minister des Innern Dr. Karl Giskra und dem Minister Dr. Johann N. Berger in Anerkennung ihrer Verdienste den Orden der eisernen Krone erster Classe mit Nachsicht der Taxen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. December d. J. die Wahl des Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Cajetan Felder zum Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Wien allergnädigst zu bestätigen geruht.

Giskra m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. December d. J. die bei dem Handels- und Seegerichte in Triest erledigte Stelle des Präsidenten, zugleich Vicepräsidenten des dortigen Landesgerichtes dem Rathe des k. k. oberösterreichischen Landesgerichtes Dr. Joseph Sandrinelli allergnädigst zu verleihen geruht.

Herbst m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. December d. J. die Zöglinge der k. k. thesauriatischen Akademie Norbert Grafen Pötting und Felix Grafen Pachta zu k. k. Edelknaben allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer haben Sich in Höchstherrlicher Eigenschaft als Protector des k. k. Museums für Kunst und Industrie bestimmt gefunden, den Herrn Oberstkämmerer und geheimen Rath Grafen Joseph Wratisslaw v. Mitrowsky und Schönberg im Sinne des § 18 der Statuten zum Curator des Museums zu ernennen.

Der Finanzminister hat den provisorischen Ministerialconcipisten Joseph Waniezel und Emanuel Fortner systemisirte Ministerialconcipistenstellen im Finanzministerium verliehen.

Der Justizminister hat die erledigte Rathsecretärsstelle bei dem Oberlandesgerichte in Prag dem dortigen Rathsecretärsadjuncten Clemens Ritter von Kull verliehen.

Der Justizminister hat dem Auscultanten Cajetan Hajdukiewicz die beim Bezirksgerichte in Brzostek erledigte Adjunctenstelle verliehen.

Dem hiesigen Institutsinhaber Alois Waldberr wird in Folge Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 30. v. M., Z. 10376, das Oeffentlichkeitsrecht für dessen Privathauptschule gegen genaue Befolgung der für öffentliche Hauptschulen geltenden Vorschriften ertheilt.

Laibach, am 11. December 1868.

k. k. Landesregierung.

Nichtamtlicher Theil.

Die österreichische Kriegspartei.

Wien, 24. December. Wo ist sie? Wer hat sie gesehen und erkannt? Ist sie mehr als ein wesenloses Phantom, ein Exsudat verbrannter, national-liberaler Gehirne? Ist es nicht, als schauten wir dem Gastmale Macbeth's zu, und als saßen sie all die nach unten stolzen, nach oben demüthigen Thane Großpreußens da — ein Augenblick und der Geist Banquo's setzt sich auf den leer gelassenen Präsidialstuhl. Macbeth erbebt und doch ist alles nur ein fantasmagorisches Bild aufgerüttelter Gewissen. Ist doch Banquo todt, und Oesterreich verdrängt aus Deutschland; freilich ist Fleance entwischt und der schottische Zwingherr um den wichtigsten Theil seiner Hoffnungen betrogen. Aber Banquo selbst ist dahin, seine Erscheinung war lediglich ein Nebelbild der Unterwelt.

Die Beschuldigung der großpreussischen Blätter, Oesterreich treibe eine Politik der Rache, und in seinem Schoße niste eine dem Weltfrieden gefährdende Kriegspartei, dünkt uns nichts anderes, als ein widerliches Gewäsch von ungerechtfertigter Furcht und gehässigem Neid. Die Furcht entspringt aus dem Gefühle, das Oesterreich angethane Unrecht vor und nach dem Kriege sei so groß, daß sich vernünftigerweise auf dessen unbedingte Passivität nicht mehr zählen lasse, und der Neid erklärt sich aus dem verdunkelten, liberalen Aufstreben Oesterreichs, der allmähigen Consolidirung seiner Wehr- und Finanzkraft. Ist es ein großes Unrecht Oesterreichs überhaupt, zu existiren, so gestaltet sich das selbe unverzeihlich, wenn dieses einer Leiche gleichgehaltene Reich gleichwohl sich anschickt, ein Auferstehungsfest zu feiern. Solches Unrecht muß bestraft werden und flugs wird eine Heze organisiert, deren Stichwort „die Rachelust der österreichischen Kriegspartei“ ist.

Als Hezer, Kriegsführer, Brandleger, als geschworener Feind des norddeutschen Menschengeschlechts wird der Reichskanzler in hundert Tonarten denuncirt, und wenn man hier einfach und trocken entgegenruft, all dies sei Lüge, so hallt es aus dem preussischen Zeitungswalde brausend zurück: „Lüge? Welch namenlose Beleidigung und Heuchelei, ja, nun ist's erwiesen, daß ihr der Kriegspartei dient.“

Will man die hartgläubige Welt mit einigem Erfolg täuschen, so sage man doch, in welchen Schichten und Winkeln des Reiches diese Kriegspartei ihren Sitz hat, wie ihre Führer heißen, welche Acte ihr Dasein befehlen. Treibt sie etwa ihr Unwesen in den Kreisen des Hofes? Vor kurzem erst hob der Monarch selbst einen an die Armee gerichteten Befehl mit den Worten an, daß die Monarchie den Frieden brauche, und erst dieser Tage besprachen wir eine militärische Broschüre, von der allgemein behauptet wird, daß sie die Ideen eines Erzherzogs, der gegenwärtig Armee-Commandant ist, treu wiedergebe. Darin nun wird das tiefe Friedensbedürfniß der Monarchie so entschieden und lebhaft betont, daß selbst die verstockteste Befangenheit nicht zu behaupten vermag, der Prinz habe einer Kriegspartei nur den kleinen Finger seiner linken Hand gereicht. Während der Wehrgesetz-Debatte im Reichsrath wurde die Nothwendigkeit der Erhaltung des Friedens so stetig nachdrucksvoll hervorgehoben, daß die große, in Pest gehaltene Rede des Reichskanzlers die thatsächlich vorhandene Stimmung nur bestätigen, sozusagen gouvemenental ratificiren konnte. Oder glaubt man, der Verstand der österreichisch-ungarischen Völker und ihrer Vertreter sei so kurz, ihre politische Einfalt so enorm, daß der Leiter der auswärtigen Politik der Monarchie wagen dürfte, mit leeren Vorspiegelungen zu debütiren, um hinterher eigenwillig den Krieg aus den Falten seiner toga zu schütteln? In Preußen gibt es keine Minister-Verantwortlichkeit — man beachte dies wohl — hingegen in Oesterreich-Ungarn besteht sie.

Nährt etwa das cisleithanische Cabinet Kriegsgedanken? Giskra, Herbst oder gar Brestel? Oder jen-

seits der Leitha — Graf Andrassy? Lächerlich! Deak gilt, wenn nicht mehr, gewiß nicht weniger im Lande als Andrassy, und erst in diesen Tagen berichteten wir über eine Rede des Erstgenannten, welche den Friedenswünschen der Nation ebenso warm als unzweideutig das Wort sprach. Selbst die Bedeutung des vielbesprochenen Artikels des „Pesti Naplo“ wurde auf das Maß einer individuellen Kundgebung eingeschränkt, damit man der Partei Deak nicht nachsage, sie beschäftige sich mit der Erwägung kriegerischer, wenn auch fernab liegender Eventualitäten anhaltender, als mit der rastlosen Pflege der Ideen des Friedens.

Vielleicht verstellen sich Graf Andrassy und Deak, wie Graf Beust. Ein ausgezeichnete norddeutscher Komiker pflegte, wenn ihn jemand auf sein vortreffliches Aussehen aufmerksam machte, regelmäßig zu erwidern: Alles pure Verstellung. Freilich sind die Bismarck'schen Comparsonen weder bewußte Komiker, noch gediegene Tragiker; wenn dieselben jedoch mit pathetischem Ernste versichern, die österreichische Kriegspartei bestiehe beifest und heuchle bloß den Frieden, so kann die Wirkung davon nur eine tragikomische sein, — europäisches Gelächter.

Wohl gibt es noch in Oesterreich malcontente Elemente, das organische Leben der Völker hat sich theilweise noch nicht in das neue Gefüge der Monarchie gefunden. Aber das können wir den großpreussischen Hezern zusichern, daß Czechen und Slovenen selbst vor dem Traumbilde einer noch so fernen Möglichkeit, von Großpreußen absorbiert und beherrscht zu werden, zurückschauern. Und diese Volkstämme sollten einen österreichisch-preussischen Krieg wünschen, der, wie er auch endete, sie in Großpreußen oder Großdeutschland aufgehen machen könnte? Nimmermehr!

Oesterreich hat sich wiedergefunden, es will seinen Schwerpunkt nicht nach außen tragen, will bleiben, was es ist, aber es will nicht an allen seinen Grenzen von ehrgeizigen Mächten umspannt werden, die es bedrängen, weil sie es möglicherweise für ein Theilungsobject halten. Möge Rußland seinem Panславismus und seinen Agitationen im Oriente entsagen, und es wird an Oesterreich jederzeit einen friedliebenden, ruhigen Nachbar haben. Das gleiche gilt von Preußen, wenn es den Prager Frieden ehrlich nimmt und gewissenhaft erfüllt. Aber dann muß wohl der Kanzler des Norddeutschen Bundes gewisse Worte zurücknehmen oder modificiren, die er im Tummel eines überspannten Selbstgefühls bezüglich Süddeutschlands öffentlich gesprochen, und die wie folgt lauteten:

„Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfniß der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmungen des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung innezuhalten hat, jederzeit der freien Entschliessung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen.“

Eine solche Sprache entfernt sich gar zu auffallend vom Geiste und Buchstaben des Prager Friedens, den nicht bloß wir, sondern auch manche andere Staaten Europas streng aufrechterhalten wissen wollen. Wir wünschen, diese Sprache wäre lieber nie geführt worden, weil wir eben aufrichtig den Frieden wünschen. Und wenn wir nun offenerzigt fragen: wo eine eigentliche Gefahr für den Frieden des Welttheiles liegt, kann die Antwort zweifelhaft ausfallen? Ist es Art und Weise einer Kriegspartei, auf die pünktliche Erfüllung der Verträge und deren Reinhaltung von leoninischen Anhängseln zu dringen, oder constituiren nicht vielmehr diejenigen eine solche Partei, welche Grundverträge zu umgehen und illusorisch zu machen suchen? In Oesterreich-Ungarn gibt es nur eine unermessliche Friedenspartei, und kriegerisch gesinnt sind wir deshalb nicht, weil wir feiger Apathie und ehrvergessener Duldung des Unerträglichen nicht das Wort reden. Die gallige Meinung der national-liberalen Partei ist wahrlich nicht die öffentliche Meinung Europa's, und wir haben das zuversichtliche Bewußtsein, daß letztere nie in die Lage gerathen wird, ein Verdict gegen uns abgeben zu müssen. Ohne weiterhin an das Gerechtigkeitsgefühl unserer Gegner zu appelliren, wollen wir uns einstweilen mit dem Ergebnisse begnügen, daß dieselben sich in den Augen der großen Welt mit ihren Anklagen und Verdächtigungen namenlos blamiren.

(Pr.)

Parlamentarisches.

(Budgetausschuß.) Ueber die in der 142. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. November d. J. eingebrachte Regierungsvorlage wegen Eröffnung eines Nachtragscredits für das Jahr 1868 in Folge der auf Grund des Gesetzes vom 20. Juni 1868 angeordneten Ummwandlung der fundierten allgemeinen Staatsschuld, und zwar per 200.000 fl. und 150.000 fl., faßte der Budgetausschuß in seiner Sitzung vom 17. d. M. den Beschluß, zu beantragen, daß der geforderte Nachtragscredit per 200.000 fl. bewilligt, jener per 150.000 fl. dagegen abgelehnt werde, und begründet diese Anträge in dem betreffenden Berichte in nachfolgender Weise:

Was die zu der Bedeckung der Auslagen für die Erzeugung und Ausfertigung der Convertirungsoptionen für das Jahr 1868 verlangten 200.000 fl. betreffe, so müsse von Seite des Ausschusses bemerkt werden, daß zu gleichem Zwecke pro 1869 470.000 fl., zusammen 670.000 fl. gefordert wurden; wenn nun berücksichtigt werde, daß nach dem veröffentlichten Stande der Staatsschulden zu Ende Juni 1868 neue Schuldtitel für 2.031,930,359 fl. hinausgegeben seien und daß hiezu nach einem Calcul der Fachmänner mit Einschluß der Maculaturen 4 Millionen Stück nothwendig erscheinen, wonach sich eine Obligation sammt Couponbogen circa auf 17 fr. bei einer Kostensumme von 670.000 fl. stellen würde, und wenn weiter erwogen werde, daß diese Erzeugung und Ausfertigung der Convertirungsoptionen bereits sehr vorgeschritten sei, so dürfte der Antrag auf Bewilligung der hierfür geforderten 200.000 fl. gerechtfertigt erscheinen.

Was aber die weitere Post per 150.000 fl. für Provision an Wechselhäuser betreffe, so habe zwar die Staatsschuldencontrollcommission in einer motivierten Aeußerung an das Landesfinanzministerium sich gegen die Beforgung der Convertirung durch ausländische Wechselhäuser ausgesprochen, und zwar aus Rücksichten der Controle, des Kostenaufwandes und der Sicherheit, der Ausschuß hingegen habe diese Ansicht der Staatsschuldencontrollcommission nicht getheilt, sondern sich vielmehr dahin ausgesprochen, daß die Beforgung der Convertirung durch ausländische Wechselhäuser und nicht durch an ausländische Plätze entsendete Beamte zu geschehen habe; jedoch nicht von diesem Standpunkte aus, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil im Laufe des Jahres 1868 gar keine solchen Auslagen an Wechselhäuser gemacht worden seien, indem eine Convertirung bisher noch nicht effectuirt wurde, die neuen Obligationen von der Staatsschuldencontrollcommission noch nicht contrasignirt, auch nicht einmal die Organe zur Convertirung im Auslande bestellt seien, stelle der Ausschuß den Antrag, es sei diese Nachtragscreditsforderung von 150.000 fl. für das Jahr 1868 zu obigem Zwecke nicht zu bewilligen.

(Finanzausschuß.) Dem Berichte des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage betreffend ein Postübereinkommen mit der Regierung der vereinigten Fürstenthümer Moldau und Walachei entnehmen wir, daß der Ausschuß den Antrag stellt, dem am 24. Juli d. J. abgeschlossenen Postübereinkommen die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, weil durch dasselbe der beschränkten und minder verlässlichen Art und Weise, mit welcher bisher von den in einigen wenigen Orten dieser Länder unterhaltenen k. k. Postanstalten der Postdienst für die k. k. Staaten besorgt wurde, abgeholfen wird.

(Der Steuerreformausschuß) hat sich bereits constituirt und den Abg. Baron Eichhoff zum Obmann, den Abg. Ritter v. Grocholski zum Obmannstellvertreter und die Abg. Penz und Svetec zu Schriftführern erwählt.

(Der Ausschuß für die Civilproceßordnung), welchem die Regierungsvorlage über die Anmeldung und Umgestaltung der Hypothekarrechte in Tirol zur Vorberatung zugewiesen war, hat in seiner am 18. d. M. stattgehabten Sitzung beschloffen, den Antrag zu stellen, das h. Abgeordnetenhaus wolle dem diesbezüglichen Gesetzentwurfe seine Zustimmung erteilen.

Ebenso wird von demselben Ausschusse die Annahme der Regierungsvorlage über die Auslegung des §. 25 der kaiserlichen Verordnung vom 16. November 1858 betreffend die Regulirung der Tage und Fristen für die Aufkündigung der Miethen und für die Räumung von unbeweglichen Sachen beantragt.

Durchführungs-Bestimmungen zum neuen Wehrgesetz.

Wien, 23. December. Das eben zur Ausgabe gelangte Normal-Armeer-Verordnungsblatt enthält die Bestimmungen für den Uebergang zum neuen Wehrgesetz, und zwar rücksichtlich der im Verbande des Heeres und der Marine Dienenden; ferner der im Pensionsbezüge, sowie in der Invaliden-Versorgung befindlichen Personen, und endlich in Bezug auf den freiwilligen Eintritt im Allgemeinen. Wir theilen die hauptsächlichsten Bestimmungen dieser neuen Verordnung mit:

Sämmtliche noch im Militärverbande stehenden Personen, welche eine zehnjährige Dienstzeit bis Ende

Juni 1868 nicht beendet haben, sind verpflichtet, der in dem neuen Wehrgesetze festgesetzten zwölf- (Marine zehn-) jährigen Dienstpflicht zu genügen.

Rücksichtlich der durch die Reduction der Einien-dienstzeit auf drei Jahre bedingten Eintheilung in die Reserve wurde auf Grundlage der gesetzlich gewährten zweijährigen Uebergangs-Periode, zur Aufrechterhaltung der Schlagfertigkeit des stehenden Heeres (Marine) festgestellt, daß mit 31. December 1868 in die Reserve einzutheilen sind: A. die Anspruchsberechtigten der Assent-Jahrgänge 1863 und 1864 aller Truppen und Anstalten des stehenden Heeres und der Kriegsmarine; B. die aus früheren als den vorbezeichneten Jahrgängen noch im Einien-dienste stehenden und nunmehr in den Anspruch auf die Reserve-Uebersezung tretenden oder diesen Anspruch gegenwärtig zur Geltung bringenden Soldaten aller Truppen und Anstalten; C. von dem Assent-Jahrgange 1865: a) mit Ausnahme der im Präsenzstande befindlichen Unterofficiere alle übrigen, gleichviel ob beurlaubten oder noch präsent dienenden Soldaten der Linien-Infanterie, der Jäger- und Sanitäts-truppe, des Militär-Fuhrwesenscorps, der Verpflegs- und Spitals-anstalten, dann der Monturs-Commissionen, sofern sie nun in den Anspruch auf die Reserve-Uebersezung gelangen, und b) die bis zur Einberufung Beurlaubten der Cavallerie, technischen Truppen und der Gesteits-branche, dann der Kriegsmarine.

Hienach wird die Reserve mit 1. Januar 1869 folgende Jahrgänge erhalten:

den Assent-Jahrgang 1868 als 1. Reserve-Jahrg.	
" " " 1864 " 2. " "	
" " " 1863 " 3. " "	
" " " 1862 " 4. " "	
" " " 1861 " 5. " "	
" " " 1860 " 6. " "	
" " " 1859 " 7. " "	

Bei der regelmäßigen Reserve-Uebersezung im Jahre 1869 sind alle übrigen Anspruchsberechtigten des Assent-Jahres 1865 in die Reserve einzutheilen und rücksichtlich des Assent-Jahrganges 1866 analog nach den Bestimmungen zu C vorzugehen;

bei der Reserve-Uebersezung im Jahre 1870 aber Uebrigens des Assent-Jahrganges 1866 und die Anspruchsberechtigten des Assent-Jahrganges 1867 in das Reserve-Verhältniß zu übernehmen, so daß mit dem Schlusse der Uebergangs-Periode, am 31. December 1870, kein zu dem Anspruche auf die Reserve-Uebersezung berechtigter Mann unfreiwillig im Activdienste stehen darf.

Im Allgemeinen formirt sich daher die Reserve-Uebersezung innerhalb der Uebergangs-Periode wie folgt:

im Jahre 1868 die Assent-Jahrgänge	{ 1863) ganz 1864) ganz 1865 zum Theile,
im Jahre 1869 die Assent-Jahrgänge	{ 1865 ganz, 1866 zum Theile,
im Jahre 1870 die Assent-Jahrgänge	{ 1866) ganz, 1867) ganz.

Jenen Soldaten, welche das Recht haben, in die Reserve übersezt zu werden, jedoch in der Linie weiterdienen wollen, ist dies gestattet. Unterofficiere erhalten in diesem Falle eine Dienstesprämie, speciell jene, welche berechtigt sind, mit 31. December d. J. in die Reserve zu treten, wenn sie bis Ende Juni 1860 weiterdienen, eine Wartezulage von 15 fr. täglich.

Die gegenwärtig im Heere dienenden ehemaligen Zöglinge der Militär-Bildungsanstalten haben die in Alinea 2 des §. 19 des Wehrgesetzes vorgeschriebene Präsenzzeit ebenfalls abzudienen. Befinden sie sich jedoch bereits in der Reserve oder bis zur Einberufung beurlaubt, so hat eine Heranziehung derselben zur nachträglichen Erfüllung der Präsenz-Dienstpflicht nicht einzutreten.

Die Eintheilung von Selbstverstümmelern ist nunmehr von deren Tauglichkeit abhängig. Die gegenwärtig bei Disciplinar-Compagnien eingetheilten Selbstverstümmelter sind daher nach dem Ergebnisse einer nochmaligen Superarbitrirung entweder zu irgend einer Dienstleistung im Heere zu verwenden oder aber zu entlassen.

Die gegenwärtig im Heere dienenden Ausländer sind nach vollstreckter dreijähriger Einien-dienstzeit zur Entlassung berechtigt. Von den Bestimmungen, welche an die Stelle der bisher gültigen Befreiungstitel zu treten haben, heben wir insbesondere folgende hervor: Jene Soldaten, welche durch Erbschaft in Besitz von Landwirthschaften gelangt sind, können während des Friedens, unbeschadet einer achtwöchentlichen Ausbildung und der periodischen Waffenübungen, beurlaubt werden. Ebenso jene, welche sich noch vor Publicirung des Wehrgesetzes verheirathet haben, wenn die Gattin oder ein Kind am Leben ist. Auch die Entlassungs- und Befreiungstitel der einzigen Söhne, Schwiegersöhne u. s. w. sind im Sinne beider Wehrgesetze geregelt. Die aus diesen Gründen aus dem Heere Entlassenen sind, wenn sie das 30. Jahr noch nicht überschritten haben, in die Reserve, und wenn sie das 32. Jahr noch nicht überschritten haben, in die Landwehr einzutheilen.

Officiere, welche ein Jahr in der Linie gedient haben, können als solche in die Reserve und nach 10 Jahren in die Landwehr übertreten, ebenso die nicht

wehrpflichtigen Officiere. Diese sind jedoch nicht an eine bestimmte Dienstzeit gebunden. Officiere, welche ohne Beibehalt des Militär-Charakters austreten, müssen, wenn sie noch wehrpflichtig sind, ihrer Pflicht in der betreffenden Dienstkategorie genügen. Die durch das Wehrgesetz festgesetzte Ausnahme der pensionirten Officiere findet auf zeitlich und halbinvalid pensionirte Officiere keine Anwendung. Reserve-Officiere haben nur von ihrer geschehenen Verehelichung der Militär-Evidenz-Behörde die Anzeige zu erstatten.

Ansprüche auf die Militär-Entlassung zum Zwecke der Auswanderung können aus Familienrücksichten auch von den dormalen im stehenden Heere (Kriegsmarine) Dienenden erhoben werden.

Für die einjährigen Freiwilligen gelten folgende Bestimmungen:

Die regelmäßige Präsenz-Dienstperiode der einjährigen Freiwilligen wird jährlich am 1. October beginnen und mit 30. September des nachfolgenden Jahres enden. Ausnahmsweise wird für die Periode 1868—69 die vom 1. Februar 1869 beginnende Präsenz-Dienstzeit bis zum 31. December 1869 festgestellt.

Zuländer, welche freiwillig einzutreten beabsichtigen, können sich unter Beobachtung des in den nachfolgenden Punkten vorgezeichneten Vorganges hiezu melden. Die Annahme der für die vorbezeichnete Präsenz-Dienstperiode Angemeldeten wird jedoch mit 31. Januar 1869 geschlossen.

Studirende der letzten zwei Jahrgänge an einem Obergymnasium oder einer Oberrealschule, oder einer diesen gleichgestellten Lehranstalt, welche sich der Stellungspflicht nähern oder in dieselbe bereits eingetreten sind, können bis zur Erlangung der Vorbedingungen für den einjährigen Freiwilligendienst beurlaubt werden.

Auch die bereits im Verbande des Heeres und der Kriegsmarine stehenden Soldaten, sowie die im Wege der diesjährigen regelmäßigen Stellung, wenngleich nach dem Beginne der Wirksamkeit des Wehrgesetzes Eingereichten, welche den im vorstehenden Punkte bezeichneten Anforderungen entsprechen, können der ihnen obliegenden Präsenz-Dienstpflicht unter den für den einjährigen Freiwilligendienst gestatteten Begünstigungen genügen.

Der einjährige Freiwilligendienst kann entweder auf eigene Kosten oder auf Kosten des gemeinsamen Kriegsbudgets geleistet werden. Die, welche den ersten leisten, werden nicht casernirt.

Den Aspiranten beider Kategorien steht es nach Wahl und Befähigung frei, den Präsenzdienst entweder im streitbaren Stande als Arzt, als thierärztlicher Practikant oder als Pharmaceut zu leisten.

Die Aspiranten sind zur Wahl der Garnison und Truppe, des Garnisonspitals und der Militär-Apotheke berechtigt.

Die Aufnahmsgesuche der Aspiranten, welche den Dienst im streitbaren Stande abzuleisten wünschen, sind bei dem Commando des gewählten Truppentörpers, jene der Aspiranten zum Dienste im Militär-Fuhrwesenscorps bei dem Reichs-Kriegsministerium und jene der Berufseelente, welche mit Begünstigung des einjährigen Freiwilligendienstes in die Kriegsmarine einzutreten wünschen, beim Hafen-Admiral zu Pola einzubringen.

Die Aufnahmsgesuche der Mediciner, Veterinäre und Pharmaceuten, welche den Dienst in den vorstehenden Eigenschaften ableisten wollen, sind dem General-(Militär-) Commando, in dessen Bereich sich der Aspirant aufhält, einzusenden.

Diejenigen im Militärverbande stehenden beurlaubten Aspiranten, welche gleichzeitig um Aufschub des Präsenzdienstes ansuchen und diesen im streitbaren Stande abzuleisten wünschen, übersenden ihre Aufnahmsgesuche dem Commando der Truppe, zu welcher sie gehören, zur Entscheidung.

Die schriftlichen (stempelfreien) Aufnahmsgesuche sind derart rechtzeitig einzusenden, daß bei Ertheilung der Aufnahmsbewilligung die Assentirung, beziehungsweise Beziehung des Aspiranten zum Präsenzdienste, spätestens mit 1. Februar 1869 erfolgen könne.

Wegen Unkenntniß der deutschen Sprache kann niemand vom einjährigen Freiwilligendienst ausgeschlossen werden.

In Ermangelung der Studien-Zeugnisse, welche dem Aufnahmsgesuche beizulegen sind, ist der erforderliche Nachweis der höheren Bildung durch Ablegung einer besonderen Prüfung und Vorlage des hierüber ausgestellten Prüfungszugnisses zu liefern.

Zur Vornahme dieser Prüfungen wird bei jedem Truppen-Divisions-Commando im Dislocationsorte desselben eine Prüfungs-Commission, vorläufig nur für die Dauer der Aufnahme für das Jahr 1869, aufgestellt.

Die Gesuche um die Zulassung zu dieser Prüfung sind bei dem Truppen-Divisions-Commando, bei dessen Commission der Aspirant sich der Prüfung unterziehen will, unter gleichzeitiger Vorlage eines von der politischen oder polizeilichen Aufenthaltsbehörde beglaubigten Identitäts-Zugnisses, in welches die Personbeschreibung und die Namensunterschrift des Aspiranten aufzunehmen ist, einzureichen.

Die Prüfung hat die Gegenstände in dem Umfange, wie selbe in den letzten zwei Jahrgängen der Obergymnasien oder Oberrealschulen zum Vortrage kommen, zu umfassen.

Zur Aufnahme einjährig Freiwilliger für den Dienst im streitbaren Stande sind die Linien-Infanterie-Regimenter, die Jägertruppe, die Cavallerie- und Artillerie-Regimenter, die Festungs-Artillerie-Bataillone, die Genie-Regimenter, das Pionnier-Regiment und das Militär-Führerwescorps, dann die Kriegsmarine berechtigt. Einjährig Freiwilligen, welche ihre Studien fortsetzen und hierüber bestätigende Nachweise beibringen, kann behufs Vollendung der Studien der Aufschub des Dienstantrittes, jedoch nicht länger als bis zum 25. Lebensjahre gestattet werden.

In Bezug auf die Nachweise der wissenschaftlichen Befähigung der Aspiranten zum einjährigen Freiwilligendienste werden nachstehende Lehranstalten als den Oberghymnasien oder Oberrealschulen gleichgestellt betrachtet: a) die Akademien der bildenden Künste in Wien und Prag, die Schule der schönen Künste am technischen Institute in Krakau und die Kunstgewerbeschule in Wien; b) die Berg-Akademien zu Leoben und Przibram, die Forst-Akademie zu Mariabrunn, die ungarische Berg- und Forst-Akademie zu Schennitz, die landwirtschaftlichen Lehranstalten zu Ungarisch-Altenburg, Debreczin, Keszthely, Tetschen-Liebwerth, Tabor und Dublany, die Forst-Lehranstalten zu Triest, Wien, Prag und Graz; c) die Thierarznei-Institute zu Wien und Pest.

Die Stimmung im czechischen Lager.

Der „Presse“ wird aus Prag, 21. December, geschrieben: Von einer mehrwöchentlichen Reise aus den czechischen Gegenden Böhmens zurückgekehrt, gehe ich daran, Ihnen ein Bild der Stimmung in den czechischen Kreisen zu geben. Die Situation läßt sich kurz dahin charakterisieren, daß die Stimmung in den czechischen Kreisen eine sehr gedrückte ist, daß man klar einsieht, daß auf diesem Wege nur die materiellen Interessen geschädigt, die socialen verkümmert werden, ohne begreifen zu können, wie und nach welcher realer Erfolg mit der Opposition erzielt werden soll. Der Wunsch, aus der Sackgasse, in die man sich verirrt, herausgeführt zu werden und an den Beneficien der freiheitlichen Entwicklung des Reiches gleichberechtigt theilnehmen zu können, ist dringend und allgemein. Wie kommt es aber dann, höre ich fragen, daß die Czechen nicht den Bann von sich nehmen den sie sich selbst aufgelegt, und wer hindert sie denn, ihre Wünsche und Forderungen dort geltend zu machen, wo sie allein geltend zu machen sind! Die Führer schweigen, die czechischen Organe schweigen, wie harmonirt dies mit der eben geschilderten Stimmung des Volkes? Die Erklärung ist folgende: Die Einigkeit der czechischen Partei existirt nicht, sie wird aber nach außen eifrig durch die treffliche Disciplin. Die junge und die alteczechische Partei ringen um die Herrschaft. Die junge czechische Partei, die mehr reale Zwecke verfolgt, ist bekanntlich in erbitterter Gegnerschaft gegen die die czechische Sache so sehr compromittirende Allianz mit den Feudalen und warnte vor dem Austritte aus dem Landtage; die alteczechische Partei hat nur dadurch den Sieg errungen, daß sich „Vater Palach“ selbst vor die Bresche stellte und erklärte, nur über seine Leiche gehe der Weg in den Saal auf dem Fünfkirchenplatz. Palach ist, obgleich er von seinen Anhängern im czechischen Kalender als nationaler Heiliger angeführt wird, das böse Princip der czechischen Frage; ergraut in ständischen Diensten, denen er sein Vermögen dankt, ist er der Vermittler und der Kitt der Allianz mit den Feudalen, denenzuliebe die Czechen politisch abdiciren mußten. In dem Augenblicke, in welchem Palach aus der Action tritt, gibt es keine staatsrechtliche böhmische Frage für die Czechen mehr, sondern nur eine allgemein freiheitliche; das ungeheuerliche Bündniß mit den Feudalen und Clerikalen ist sofort gelöst und die Czechen werden sich als Demokraten entpuppen.

Die Alteczechen sind jetzt in einer peinlichen Lage. Die Mißstimmung in den czechischen Kreisen ist ihnen wohl bekannt und war auch Gegenstand der Discussion gelegentlich der Aufwartung bei Kieger an seinem jüngst erfolgten 50. Geburtstag. Aber sie können thatsächlich nicht vor- und nicht rückwärts — dafür sorgen die Jungeczechen. Je ungünstiger, je drückender die Stimmung in den czechischen Kreisen wird, desto üppiger blüht der Weizen der Jungeczechen; denn nicht „sie sind es, welche die Situation verschuldet; im Gegentheil, sie haben laut und warnend rechtzeitig genug ihre Stimme dagegen erhoben“. Die Jungeczechen reiben sich jetzt schadenfroh die Hände und sagen zu Herrn Kieger und Genossen: Das ist Euer Werk. Ihr habt uns in diese Lage gebracht; jetzt seht, wie ihr uns wieder herausbringt; aber so billig geht das nicht. Ihr müßt auch alle Consequenzen Eures Schrittes auskosten. Wir haben Euch beschworen, in den Landtag einzutreten, und Ihr habt uns selbst mit den Waffen der niedersten Verleumdung und der gemeinsten Vertheidigung bekämpft und behauptet, durch ganz Europa werde nur ein Schrei der Entrüstung und ein allgemeines Hohngelächter ertönen, daß der böhmische Landtag ohne — Czechen arbeite; aber Europa hat sich um uns gar nicht gekümmert, das czechische Volk aber — und bedenkt, ob dies in unserem Interesse — hat gesehen, daß seine materiellen Fragen von den Deutschen eben so gut und patriotisch gelöst werden. Wir

haben Euch nachgegeben, aber jetzt müßt ihr auch ansharren. . . .

Während die Jungeczechen temporär gegen den Ausgleich im Stillen arbeiten, um die Mißstimmung im Volke gegen die Alteczechen, die ja die „ganze Geschichte angerichtet haben“, zum lebhaftesten Ausdruck zu bringen und so die Herrschaft zu gewinnen, sind die guten Alkürten, „die Feudalen“, ebenfalls gegen den Ausgleich, um nicht eines schönen Tages verlassen dazustehen. Das Volk wünscht seine Theilnahme an den Beneficien der freiheitlichen Entwicklung des Reiches, den endlichen Ausgleich; die Jungeczechen und Feudalen arbeiten aus Partei-Interesse dagegen und die Alteczechen haben nicht den Muth, durch offenes Auftreten die Situation zu ändern. Das ist die Lage der Dinge in Böhmen. Vollkommen stimmt damit auch die Haltung der czechischen Journale überein. Die Raze listy, das Organ der Jungeczechen, welches die größte Verbreitung und den mächtigsten Einfluß hat, verschweigt consequenterweise pure et simple alle den Ausgleich begünstigenden Momente.

Griechisch-türkischer Conflict.

Der „Indep. Hellenique“ vom 9. December zufolge hat der Minister des Auswärtigen, Herr Delhannis, in der griechischen Kammer in Betreff des türkischen Conflicts folgende Erklärung gegeben:

„Meine Herren! Sie wissen sehr wohl, daß allemal, wenn die Regierung mit irgend einer Unterhandlung beschäftigt ist und der Kammer darüber keine Auskunft gibt, ihr Schweigen getadelt wird. Obgleich eine derartige Mittheilung oft den Interessen des Landes nachtheilig sein kann, so hat die Regierung doch geglaubt, in diesem Falle der öffentlichen Neugierde Rechnung tragen zu müssen, welche durch die Nachricht von dem bevorstehenden Bruch zwischen Griechenland und der Türkei erregt worden ist. Ich werde der Kammer daher einige Worte darüber sagen. Meine Herren Deputirten! Während der langen Dauer des kretensischen Aufstandes haben die Hilfsmittel und Verstärkungen, welche der heroischen Insel von allen Seiten zugegangen waren, angefangen, zu versiegen, in der Weise, daß es nur noch das Mutterland war, welches den Bedürfnissen der Kreter zu Hilfe kam. Dieser Umstand hat mehr und mehr die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei erschüttert, und diese Kälte nahm zu in dem Maße, wie die Erhebung anhielt. Schließlich ist dieselbe so groß geworden, daß die Pforte, wie es scheint, den Beschluß gefaßt hat, die bereits sehr gespannten Beziehungen mit uns definitiv abzubringen. Ich würde Ihnen, meine Herren, gesagt haben, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Regierung alle Thatsachen auseinanderlegen, und die ganze diplomatische Correspondenz über diese Angelegenheit Ihnen vorlegen könnte, wenn nicht nachstehender Zwischenfall eingetreten wäre. Die Repräsentanten der Großmächte in Konstantinopel, sobald sie Kenntniß erhielten von den betreffenden Entschlüssen der Pforte, sind dazwischen getreten und bemühen sich, zu verhindern, daß dieser durch seine möglichen Consequenzen so schwere Bruch sich vollziehe. In Folge dieser Dazwischentunft sind Verhandlungen eingeleitet worden, die noch schweben. Deshalb kann ich für den Augenblick keine weiteren Eröffnungen machen, setze jedoch voraus, daß im Lauf der nächsten Woche die Regierung in der Lage sein wird, der Kammer mitzutheilen, ob es der betreffenden Vermittlung gelungen ist, die Ausführung dieser ersten Maßregel zu verhindern, oder ob ein Bruch unserer Beziehungen erfolgt ist. Alsdann werden wir ohne Anstand alle Thatsachen zu Ihrer Kenntniß bringen und alle bezüglichen Papiere dem Bureau der Kammer übergeben. (Mehrere Stimmen von beiden Seiten des Hauses: Sehr gut!) Ich kann beifügen, meine Herren, daß bei diesem schweren Conflict und den wichtigen Verhandlungen darüber die Regierung nicht gewillt war und nicht gewillt sein wird, irgend einen Angriff, sei er noch so gering, auf die Würde der Krone, oder auf unsere constitutionellen Freiheiten oder auf die Ehre der Nation zu dulden.“ (Lang anhaltender Beifall.)

Berlin, 23. December. Die „Provinzialcorrespondenz“ schreibt: Bis jetzt ist zwischen der Türkei und Griechenland weder ein feindlicher Zusammenstoß noch eine Kriegserklärung erfolgt. Doch hat die Pforte dem Zeitwärtigen insofern eine ungewohnte Folge gegeben, als sie noch vor der Kriegserklärung die Ausweisung der griechischen Unterthanen aus der Türkei anordnete und die gleiche Maßregel seitens Rumäniens und Serbiens in Aussicht nahm, Länder, die wohl unter türkischer Oberherrlichkeit stehen, aber keineswegs Theile des türkischen Reiches bilden. Neuerdings dehnte die Pforte die Ausweisungsfrist auf drei Wochen aus. Wenn die Einwirkung der Mächte den diplomatischen Bruch zwischen der Türkei und Griechenland nicht zu verhindern vermocht hat, bleibt doch zu hoffen, es werde dem friedlichen Eifer und der Weisheit der Regierungen gelingen, dem Ausbruche thatsächlicher Feindseligkeiten vorzubeugen. Die alseitigen Vermittlungsbestrebungen sind ferner darauf gerichtet, die türkische Regierung im Interesse der Menschlichkeit von der Ausführung der angedrohten Ausweisung der griechischen Unterthanen abzubringen, da die Maßregel mit dem europäischen Brauche im Widerspruche steht.

Paris, 23. December. Die „Patrie“ dementirt, daß das Panzergeschwader den Befehl erhalten habe, sich zur Abfahrt in das griechische Meer bereit zu halten, das gegenwärtig in der Levante befindliche Geschwader genüge für die Bedürfnisse der Sachlage. — Der „Abend-Moniteur“ sagt in seinem Bulletin, nachdem er daran erinnert, daß die Gefahr eines Conflictes zwischen Türken und Griechen durch die Intervention des Capitäns vom Dampfer „Forbin“ beseitigt wurde, bezüglich des diplomatischen Zwistes, welcher aus dem Bruche der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland hervorgeht, daß derselbe gegenwärtig den Gegenstand eines sehr lebhaften Ideenaustausches zwischen den Vertragsmächten von 1856 bilde. Man könne, Dank den versöhnlichen Wünschen, von welchen die Cabinette sich befeelt zeigen, hoffen, daß die europäische Diplomatie durch ihre mäßigen Action ein Mittel finden werde, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu begleichen. Das Journal „Public“ sagt: Preußen habe eine Conferenz beantragt und Rußland habe diesen Antrag unterstützt. Die Zustimmung Frankreichs, Englands und Oesterreichs wird als wahrscheinlich betrachtet. Der „Public“ dementirt die Gerüchte bezüglich einer russischen Note und der mündlichen Erklärungen Gorischakoffs an Talleyrand und fügt hinzu, daß russische Cabinet beschränkte sich darauf, den Wunsch auszudrücken, daß die Westmächte bezüglich der Türkei die Reserve beibehalten, welche sie sich bis nun auferlegten.

Paris, 24. December. Die „Patrie“ veröffentlicht ein Telegramm aus Athen vom 22. d. M. folgenden Inhalts: Eine Petition des Actionscomité an die Kammer verlangt, daß Griechenland, gestützt auf die öffentliche Meinung, die Initiative zur Kriegserklärung ergreife.

Paris, 24. December. Der „Temps“ sagt: Frankreich und England sind den Ideen einer Conferenz wenig geneigt; sie würden einen einfachen Notenaustausch zwischen den verschiedenen Cabinetten vorziehen.

Konstantinopel, 23. December. Die Nachricht des „Levant Herald“, daß Rußland den griechischen Handelschiffen die Bewilligung erteilt habe, unter russischer Flagge zu segeln, wird bestätigt; Rußland hat hiezu nicht die Genehmigung der Pforte eingeholt, sondern handelt auf eigene Gefahr.

Konstantinopel, 23. December Abends. Hobart Pascha ließ nach Syra die Mittheilung gelangen, daß er friedliche Instructionen habe. Er verlange nur, daß der französische Dampfer „Forbin“ und ein österreichisches Kriegsschiff den „Enosis“ nach Pyraus zur Aburtheilung führen sollen.

Konstantinopel, 24. December. Die Pforte hat die den griechischen Unterthanen in der Türkei gewährte Ausweisungsfrist von zwei auf fünf Wochen erstreckt.

Oesterreich.

Wien, 23. December. Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die Diatriben preussischer Organe gegen Oesterreich haben bereits den Charakter stehender Artikel angenommen und man wird uns künftig nicht zumuthen — beispielsweise — nochmals auf die von Berlin aus noch immer colportirte Lüge zurückzukommen, die Westmächte hätten in Wien oder sonst irgendwo Vorstellungen wider die Politik des kaiserlichen Cabinetes in der griechisch-türkischen Frage gemacht.

Prag, 23. December. (Nordbahnöffnung. — Begräbnis.) Gegen Renjahr findet die technische Eröffnung der ganzen Strecke der böhmischen Nordbahn statt. — Heute hat das Leichenbegängniß des Landtagsabgeordneten Dr. Dreßler, Sprechwart des deutschen Turnvereins, unter sehr zahlreicher Betheiligung der deutschen Vereine und der Bevölkerung stattgefunden.

Rußland.

Berlin, 23. December. Die „Prov.-Corr.“ bebauert das Votum des Herrenhauses über die parlamentarische Redefreiheit. Die Regierung gibt weder das Bestreben, noch die Hoffnung auf, einen wünschenswerthen Ausgleich auf anderem Wege baldmöglichst zu erreichen.

Madrid, 23. December. (Zolldecret. — Unruhen.) Ein Regierungsdecret verordnet die sofortige Aufhebung des am 1. März erlassenen Ausfuhrverbotes zur See für Weizen und andere Körnergattungen. — In Sanguesa, Provinz Navarra, wurde gestern das Militär von einem Volkshaufen unter den Rufen: „Es leben die Brüder! Es lebe Don Carlos!“ angegriffen. Einer von den Angreifern wurde verwundet und vierzehn Individuen, worunter ein Priester, wurden gefangen genommen.

London, 24. December. (Das Parlament) wird am 16. Februar wieder eröffnet werden.

Petersburg, 24. December. (Dementi.) Das „Journal de St. Petersburg“ dementirt die Nachricht österreichischer Blätter betreffs einer angeblichen Mission des gewesenen Ministers W al u j e w in Rom und erklärt, derselbe habe keinerlei Mission und halte sich lediglich aus Gesundheitsrückichten in Rom auf.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser und König haben für die Wittsteller, welche während des Allerhöchsten Aufenthaltes in Ofen um eine Unterstützung nachsuchten, 1000 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

— Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben der „Budai Dalarda“ (Diner Gesangsverein) 300 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

— (Förderung der Kunst.) Der Minister für Cultus und Unterricht hat in Genehmigung der Anträge, welche wegen Verwendung des im Jahre 1868 für Künstler zur Verfügung gestandenen Betrages von 15.000 fl. von der hiezu berufenen Ministerialcommission gestellt wurden, eine Anzahl von Pensionsbeträgen in Anerkennung künstlerischer Leistungen verliehen, ferner nachbenannten Künstlern Stipendien, bezugsweise Kunstausträge oder Beiträge zur Ausführung von Kunstwerken zugewendet. 1. Stipendien. 1. Dem Dichter Adolf Velt aus Nieder-Oesterreich, 2. dem Tonkünstler Anton Bruckner aus Ober-Oesterreich, 3. dem Tonkünstler Stanislaus Duniacki aus Galizien, 4. dem Tonkünstler Joseph Forster aus Steiermark, 5. dem Tonkünstler Robert Fuchs aus Ober-Oesterreich, 6. dem Maler und Architekten Franz Jobst aus Ober-Oesterreich, 7. dem Maler Anton Rozaliemicz aus Krakau, 8. dem Tonkünstler Eduard Kremser aus Nieder-Oesterreich, 9. dem Maler Franz Krippin aus Böhmen, 10. dem Tonkünstler Ludwig Ladner aus Nieder-Oesterreich, 11. dem Maler Georg Mader aus Tirol, 12. dem Dichter Ferdinand v. Saar aus Nieder-Oesterreich und 13. dem Bildhauer Anton Schmidgruber aus Nieder-Oesterreich. 11. Kunstausträge oder Beiträge zur Ausführung von Kunstwerken. 1. Dem Bildhauer Joseph Gissmann aus Tirol und 2. dem Maler Anton Jedlicka aus Böhmen.

— (Zusammenstoß zweier Dampfer.) Im Canale von Ischémie bei Smyrna fand ein Zusammenstoß zwischen zwei egyptischen Dampfern statt, wobei einer mit 300 Passagieren zu Grunde ging.

Locales.

— (Die statistischen Berichte der Handels- und Gewerbekammern) lassen, — wie wir einem Berichte über die letzte Sitzung der k. k. statistischen Centralcommission in Wien entnehmen — die Wünschenswerthe Vollständigkeit nicht selten vermissen. Die Kammern scheinen sich meist auf die Nachweisungen der Industriellen zu verlassen. Nur die Büchsen Kammer ergreift den Ausweg die fehlenden Daten durch einen eigenen Delegierten an Ort und Stelle erheben zu lassen. Die Centralcommission hält diese Maßregel für sehr nachahmenswerth und es wurde daher beantragt, sich an das Handelsministerium mit dem Ersuchen zu wenden, die Kammer zur Entsendung von Delegierten zur Sammlung statistischer Daten und Einstellung der erforderlichen Summe in das Budget pro 1870 zu ermächtigen. Herr Sectionsrath Klun als Vertreter des Handelsministeriums bei der k. k. stat. Centralcommission betonte die Geneigtheit des Ministeriums das Erfordernisse vorzutheilen, und wir können hieraus entnehmen, daß die Wichtigkeit statistischer Daten von der hohen Regierung entsprechend gewürdigt wird. Freilich haben wir noch Feinde im eigenen Lande zu besiegen, Lässigkeit und Unverständ; Beweis dessen eine uns unlängst berichtete Aeußerung: Statistik sei nichts als „unnützes Biffenconglomerat!“ Sancta simplicitas!

— (Volksfächer.) Einige Mitglieder des constitutionellen Vereins haben den Gedanken gefaßt, zur Erleichterung des Looses der ärmeren Volksklassen das anderwärts (in neuester Zeit auch in Graz) bewährte Institut der Volksfächer hier in's Leben zu rufen. Es werden vorläufig durch ein Vereinsmitglied die nöthigen Informationen in Graz eingeholt und wir hoffen, bald Näheres hierüber berichten zu können.

— (Feuer.) In den verflossenen Feiertagen hatten wir zwei Kaminfeuer, das eine in der Stadt, das andere in der Vorstadt, welche jedoch sogleich gelöscht wurden.

— (Erledigte Stellen.) Beim k. k. Landesgericht in Klagenfurt ist eine Adjunktenstelle mit dem Gehalte

von 735 event. 600 fl. zu besetzen. Gesuche bis 5. Jänner k. J. beim Präsidium. — Bei der salzburgischen k. k. Landesregierung die Stelle eines Obergerichtsraths 1. Classe und Leiters des Baudepartements mit dem Gehalte von 1500 fl. Bewerbungen bis 10. Jänner beim k. k. Landespräsidium in Salzburg.

Eingefendet.

Es ist der Fall vorgekommen, daß der Beamte einer k. k. Telegraphenstation eine ähnliche, an eine k. k. Militärbehörde gerichtete Depesche, welche ein Gemeindevorstand in einer dringenden Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises aufgeben wollte, nur gegen Bezahlung der entfallenden Gebühr weiter befördern zu wollen, erklärte.

Man fragt nun: Ist das Gemeindevorstand zur Entrichtung der Beförderungsgebühren verpflichtet, wenn es bei Beförderung der ihm vom Staate übertragenen Geschäfte, — oder auch jener des eigenen Wirkungskreises in Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung in die Lage kommt, den Staats Telegraphen in Anspruch nehmen zu müssen?

Neueste Post.

Die Verhandlungen über die Conferenz in dem griechisch-türkischen Conflict nehmen einen befriedigenden Verlauf und in Wiener diplomatischen Kreisen wird dem baldigen Zusammentritt der Conferenz entgegengefeuert. Als Basis der Verhandlung soll das türkische Ultimatum dienen. Die Nachricht, daß Rußland den griechischen Schiffen die Führung der russischen Flagge zugestanden habe, wird laut Petersburger Mittheilungen als vollkommen unbegründet erklärt. Die Pforte unterhandelt mit Egypten und Tunis wegen Erhöhung des im Falle eines Krieges zu stellenden Truppencontingents; nach den bisherigen Verträgen soll Egypten 6000, Tunis 4000 Mann stellen. Diese Contingente sollen auf 15000 und rücksichtlich 10.000 Mann erhöht werden. Der Vicekönig von Egypten hat bereits zugestimmt und sich sogar erboten, die Truppen nicht bloß auf eigenen Schiffen überzuführen, sondern auch im Kriegsfall mit zwei Panzerfregatten zur türkischen Flotte zu stoßen. Bei Tunis handelt es sich noch um den Sold und die Verpflegung der Truppen. Das nächste Ziel dieser Hilfsstruppen wäre Kreta, welche Insel vollständig pacifiziert werden soll.

Aus Athen, 17. d. M., werden nähere Daten über den Zusammenstoß zwischen der „Enosis“ und der Flotille Hobbart Pascha's gemeldet. Die „Enosis“ hatte vom 5. bis 12. d. drei Fahrten nach der Insel Kandia unternommen, während welcher sie 1800 Freischüler aus Land setzte und stieß eben auf der Rückkehr zwischen Paros und Naxos, als sie zwischen zwei türkische Schiffe gerieth. Die beiden türkischen Dampfer waren der „Hondaberdiler“, das Schiff Hobbart's, und der „Ikedin“, ein Fahrzeug, das sich seit Beginn des freitischen Aufstandes durch Vagabundie und Gewandtheit hervorthut. Der „Ikedin“ kam so nahe an die „Enosis“, daß er einen Schuß mit Kugelladung und Kartätschen gegen dieselbe that. Die „Enosis“ erwiderte ihrerseits diesen Gruß mit einem Feuer aus ihren sechs Armstrong-Kanonen und zerschmetterte dem „Ikedin“ eines seiner Räder. Inzwischen kam jedoch auch das Admiralschiff „Hondaberdiler“ sehr nahe an das griechische Schiff und feuerte eine Salve gegen die „Enosis“ ab, auf welche auch die letzte die Antwort nicht schuldig blieb, sondern durch einen scharfen Schuß zwei kleine Fahrzeuge des türkischen Admiralschiffes in Splitter schlug.

Auf diese Weise erlangte der muthvolle Kapitän der „Enosis“, Sourmelis, so viel Zeit, daß er in den Hafen von Syra einlief, ehe die türkischen Fahrzeuge den Weg versperren konnten. Nach einigen Stunden erschien jedoch Hobbart Pascha mit den beiden Schiffen vor dem Hafen und verlangte die Auslieferung der „Enosis“ als eines Piratenschiffes. Der Commandant von Syra gab auf dieses Verlangen einen abschlägigen Bescheid, die griechischen Truppen und die Bevölkerung griffen schon zu den Waffen, so daß der Kampf ohne Zweifel entbrannt wäre, wenn nicht noch zur rechten

Zeit der französische Dampfer „Forbin“ angepöbelt wäre, dessen Intervention den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern wußte.

Der Papst soll Ajani und Luzzi, in Folge der Verwendung des Königs Victor Emanuel, welcher seinen Adjutanten Generalleutnant Della Rocca mit einem eigenhändigen Schreiben an Se. Heiligkeit nach Rom abgesendet hatte, begnadigt haben.

Aus Madrid, 24. December wird gemeldet: Die Journale veröffentlichen ein aus Lissabon vom 19. December datirtes Schreiben des Herzogs von Montpensier, welches dem Prinzip der nationalen Abstammung, als der legitimen Quelle der politischen Rechte in einem freien Lande huldigt. Das Schreiben, indem es den Wunsch kundgibt, in patriotischer Weise Spanien zu dienen und an die fruchtlosen Bemühungen des Verfassers in den Jahren 1859 und 1866 erinnert, der Regierung eine liberale Politik anzurathen, schließt mit der Behauptung, daß der Herzog nichts anstrebe und fest entschlossen sei, fortzufahren, dem neuen freien Spanien anzugehören.

Der „Imparcial“ versichert, die Candidatur Montpensier's habe in Folge der Rathschläge gewichtiger politischer Männer eine große Wandlung erfahren. Der Herzog soll endgiltig dagegen die Candidatur seines ältesten Sohnes mit einer aus drei Personen bestehenden Regentenschaft beantragen. Während der Regentenschaft würden alle Fragen eine Lösung erhalten, ohne daß das künftige Prestige des Monarchen darunter leiden würde.

In Barcelona wurden von 47 Candidaten 30 Republiken gewählt. In Madrid wurden beim Scrutinium 24.000 monarchische gegen 3600 republicanische Abstimmungen constatirt.

Der „Imparcial“ stellt die Frage, wohin die 60.000 Theilnehmer der republicanischen Manifestationen gekommen seien.

Das Schreiben des Herzogs v. Montpensier hat die Folge gehabt, daß die Chefs der republicanischen Partei beabsichtigen sollen, auf die republicanische Regierungsform zu Gunsten Espartero's zu verzichten.

Telegraphische Wechselcours.

Am 24. December.
Spec. Metalliques 58.75. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 59.30. — Spec. National-Anlehen 64. — 1866er Staatsanlehen 90.80. — Sanfactions 660. — Creditactions 239. — London 114.25. — Silber 117.75. — R. L. Ducaten 5.69.

Angefommene Fremde.

Am 25. December.
Stadt Wien. Die Herren: Kienz, k. k. Beamte, von Steiermark. — Singer, von Graz. — Stern, Buchhalter, von Bats. — Pelz, Kaufm., Frau Theresia Verbst, und Frau Bergmann, Capitän's-Gattin, von Triest. — Cermak, Kaufm., von Allr.-Heilbrg.
Erfant. Die Herren: Mehdorff, Capellmeister, von Allr.-Heilbrg. — Tonsen, Südbahn-Expeditör, von Graz. — Bucher, Kaufm., von Triest. — Kofchir, k. k. Bezirks-Vorsteher, von Reinz.
Bairischer Hof. Die Herren: Derckx, von Osn. — Schapla, von Marburg.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

December	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien
24.	6 U. Mg.	322.11	+ 1.6	SW. f. sch.	Nebel	0.78
	2 „ N.	322.08	+ 7.2	S. schwach	größth. bew.	
	10 „ Ab.	321.68	+ 5.7	S. schwach	Regen	
25.	6 U. Mg.	321.87	+ 8.2	SW. stark	f. g. bewölkt	1.02
	2 „ N.	321.30	+ 10.0	SW. stark	trübe	
	10 „ Ab.	322.75	+ 7.9	SW. schwach	trübe	
26.	6 U. Mg.	323.84	+ 6.1	SW. schwach	trübe	1.50
	2 „ N.	324.48	+ 8.2	SW. f. schw.	trübe	
	10 „ Ab.	325.64	+ 6.0	SW. schwach	trübe	

Den 24.: Morgennebel. Vormittag theilweise Aufheiterung. Nachmittag zunehmende Bewölkung. Abends dünner Regen. Den 25.: Nachts stürmischer SW. Wollende tagüber meist geschlossen. Regen abwechselnd. Um 2 Uhr Regenbogen. Den 26.: Seiroccalsströmung anhaltend, schwach bewegte Luft, geschlossene Wollende, regnerisch. Das Tagesmittel der Wärme den 24. um 6-9°; den 25. um 10-9°, den 26. um 9-0° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 23 December. Fonds und Actien fanden zur höheren Notiz Abnehmer, während Devisen und Valuten in starken Posten billiger ausgetreten schlossen. Geld abondant. Geschäft nicht unerheblich.

Öffentliche Schuld.			Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare						
A. des Staates (für 100 fl.)													
In ö. B. zu 5pCt. für 100 fl.	Geld	Waare	Böhmen	zu 5%	91.75	92.50	Gal. Carl-Lud.-B. 200 fl. CM.	209.75 210.—	Salm	zu 40 fl. CM.	42.—	43.—	
detto v. J. 1866	55.50	55.70	Mähren	„ 5 „	89.—	89.50	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	159.50 160.—	Palffy	„ 40 „	32.50	33.50	
detto rückzahlbar (2)	60.30	60.40	Schlesien	„ 5 „	88.50	89.—	Defi. Don.-Dampfsch.-Ges. 500 fl. CM.	535.— 537.—	Clary	„ 40 „	38.—	39.—	
detto (2)	96.—	96.50	Steiermark	„ 5 „	88.—	89.—	Wien. Dampfsch.-Actg.	250.— 253.—	St. Genois	„ 40 „	33.50	34.—	
detto (2)	95.—	95.25	Ungarn	„ 5 „	77.—	77.50	Bester Kettenbrücke	330.— 336.—	Windischgrätz	„ 20 „	20.—	21.—	
Silber-Anlehen von 1864	69.25	69.75	Emejer = Banat	„ 5 „	77.—	77.50	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	530.— 540.—	Waldstein	„ 20 „	21.50	22.50	
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb. in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	74.25	74.50	Croatien und Slavonien	„ 5 „	78.25	78.75	Lemberg Czernowitzer Actien	195.— 195.50	Keglevich	„ 10 „	14.50	15.50	
Nat.-Anl. mit Zän.-Comp. zu 5%	64.20	64.40	Galizien	„ 5 „	67.25	67.75	Verficher.-Gesellschaft Donau	172.— 173.—	Rudolf = Stiftung	„ 10 „	14.50	15.—	
„ „ „ „ „ 5 „	64.10	64.20	Siebenbürgen	„ 5 „	72.25	73.—	Wechsel (3 Mon.)						
Metalliques	58.75	58.90	Bukovina	„ 5 „	67.50	68.—	Augsburg für 100 fl. Ridd. B. 100.— 100.25						
detto mit Mai-Comp.	59.50	59.60	Ung. m. d. B.-C. 1867	„ 5 „	77.25	77.75	Frankfurt a.M. 100 fl. detto 100.20 100.40						
detto	52.—	52.25	Dem. B. m. d. B.-C. 1867	„ 5 „	76.25	76.75	Hamburg, für 100 Mark Banco 88 10 88.25						
Mit Verlos. v. J. 1839	180.—	180.50	Actien (pr. Stück)				London für 10 Pf. Sterling . 119.50 119.75						
„ „ „ „ 1854	84.75	85.25	Nationalbank				Paris für 100 Franks . . . 47.40 47.50						
„ „ „ „ 1860 zu 500 fl.	90.—	90.20	Kaiser Ferdinands-Norrbahn zu 1000 fl. CM.				Course der Geldsorten						
„ „ „ „ 1860 „ 100 „	95.—	95.50	Credit-Anstalt zu 200 fl. ö. B.				fl. Münz-Ducaten . 5 fl. 68 kr. 5 fl. 69 kr.						
„ „ „ „ 1864 „ 100 „	106.80	107 —	N. ö. Escom.-Ges. zu 500 fl. ö. B.				Napoleons d'or . . 9 „ 54 „ 9 „ 54 1/2 „						
Como-Reutenisch. zu 42 L. aust.	24.—	24.50	Staats-Eisenb.-Ges. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.				Russ. Imperials . . . „ „ „ „ „ „						
Domainen 5perc in Silber	111.25	111.75	Kais. Eisf. Bahn zu 200 fl. CM.				Bereinsthaler . . . 1 „ 77 1/2 „ 1 „ 77 1/2 „						
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr.-Entf.-Oblig.		Eisb.-nordb. Ver.-B. 200 „				Silber . . . 117 „ 50 „ 117 „ 75 „						
Niederösterreich	zu 5%	87.75	88.25	Eisb.-G.-L.-ven. u. z.-C. 200 fl. ö. B. oder 500 fr.				Krainische Grundbesitzungs-Obligationen, Privatnotirung: 86.50 Geld, 90 Waare.					
Oberösterreich	„ 5 „	89.—	89.50										
Salzburg	„ 5 „	87.—	88.—										